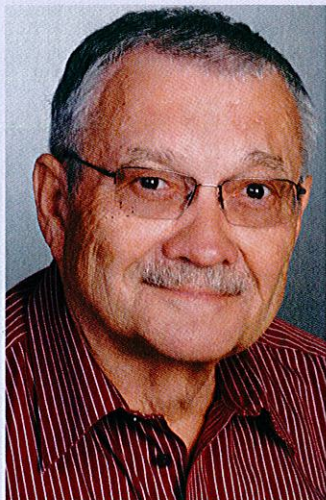


Wohnungsleerstände für Flüchtlinge nutzen

Regensburg - Etwa 2.500 Flüchtlinge leben nach Angabe von Oberbürgermeister Joachim Wolbergs derzeit in Regensburg. Und wie der Oberbürgermeister bei einer Informationsveranstaltung Ende September erklärt hat, werden es langfristig mehr werden. Binnen eines Jahres müsse die Stadt 1.400 weitere Plätze schaffen, so der Oberbürgermeister. Doch schon allein wegen des bevorstehenden Winters nimmt die Flüchtlingskrise täglich an Brisanz zu. Auch der Mieterbund Regensburg sieht die Problematik, dass die Kapazitäten in den Erstaufnahmestellen sowie die Folgeunterbringungen nicht ausreichend vorhanden sind. Gerade im Winter ist eine Unterbringung in Zelten denkbar ungeeignet. Notwendig wird dann ein Rückgriff auf bestehende Wohnungen.

Mit großer Sorge beobachtet der Mieterbund die Überlegungen in einzelnen Städten, vermietete Wohnungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wegen Eigenbedarfs zu kündigen. „In Regensburg ist das glücklicherweise bislang nicht der Fall“, so die Vorsitzenden des Mieterbunds Regensburg, Kurt Schindler und Horst Eifler. „Wir sollten nun alle Möglichkeiten prüfen, um einerseits eine menschenwürdige Unterbringung der hier ankommenden Menschen zu gewährleisten und andererseits Konflikte mit den bereits hier lebenden Menschen zu vermeiden.“

Der Mieterbund Regensburg hat dem Oberbürgermeister am 18. Oktober 2015 eine Eingabe übergeben mit der Bitte, diese im Stadtrat behandeln und abstimmen zu lassen. Diese Eingabe fordert die Stadtverwaltung auf, alle leer stehenden Wohneinheiten in Regensburg zu überprüfen und mit den Eigentümern über eine Wiedervermietung zu ver-



Kurt Schindler, Vorsitzender Mieterbund Regensburg

handeln. Dies könnte die Situation entspannen.

In Anlehnung an die Regelungen des Paragraphen 549 Absatz 2, Nr. 3 BGB ist es möglich, dass die Stadt Regensburg (über das Sozialreferat), aber auch Träger der freien Wohlfahrtspflege und Stiftungen des öffentlichen Rechts, leer stehenden Wohnraum anmieten, um diesen an Personen mit dringendem Wohnbedarf unterzuvermieten. Dazu zählen Personengruppen mit besonde-

ren Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, Menschen im höheren Lebensalter, Alleinerziehende, kinderreiche oder einkommensschwache Personen, Studenten oder Gastarbeiter und jetzt besonders aktuell Asylbewerber und Flüchtlinge.

Eine Anfrage von MdL Jürgen Mistol an das Bayerische Innenministerium vom 23. März hat ergeben, dass im Stadtgebiet von Regensburg über 2.300 leer stehende Wohnungen erfasst sind. „Allein bei der städtischen Wohnbaugesellschaft, der Stadtbau-GmbH, stehen rund 300 Wohnungen leer, zum Teil handelt es sich dabei um fast komplett leer stehende Gebäude, zum Beispiel in der Altdorferstraße, der Vitusstraße und der Adalbert-Stifter-Straße“, so Schindler.

Gerade diese überwiegend oder ganz leer stehenden Gebäude wären hier geeignet, da dann auch eine vernünftige Betreuung der untergebrachten Flüchtlinge gewährleistet werden kann. Inwieweit auch Immobilien von Privateigentümern geeignet

sind, wäre durch die Stadtverwaltung zu überprüfen.

„Durch die Anmietung der Wohnungen durch die Stadt Regensburg oder Träger der freien Wohlfahrtspflege wären für die Eigentümer einerseits sichere regelmäßige Mietzahlungen gewährleistet“, so Schindler. Andererseits käme eine solche Anmietung in Anlehnung an den Paragraphen 549 Absatz 2, Nr. 3 BGB einem Geschäftsraum-Mietverhältnis gleich, das unnötige Komplikationen bei der Beendigung des Mietverhältnisses ausschließt.

„Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen“, so Schindler abschließend. Durch ein Zusammenwirken von Stadt, Stadtbau-GmbH und Privaten könnte die Unterbringungssituation von Flüchtlingen so merklich entspannt werden. „Langfristig könnten solche Kooperationen auch auf andere Bereiche ausgeweitet werden. Etwa zur kurzzeitigen Unterbringung von Studentinnen und Studenten bei Semesterbeginn.“